

Der Bürgermeister geht kurz auf die Vorlage ein und macht deutlich, dass man somit einen Weg gefunden habe, der einerseits ein Entgegenkommen und einen Kompromiss bedeute, der vor allem aber rechtsicher sei.

Herr Strausfeld verweist kurz auf die von der CDU und verschiedenen Vereinen gestellten Anträge ein. Er bedankt sich bei Frau Lehmacher für die umfangreiche Vorlage. Im Grunde rede man über 15.000 Euro, und man hätte vielleicht den Verzicht auch für das gesamte Jahr aussprechen können. Gleichwohl könne man aber mit dem Kompromiss leben.

Herr Jüdes fragt, wie zielführend die Überlegungen für 2019 seien.

Der Bürgermeister möchte zwar nichts vorwegnehmen, kann sich aber vorstellen, dass für einen noch näher zu definierenden Zeitraum „x“ auch in 2019 ein Verzicht – zumindest teilweise – denkbar sei.

Herr Sterzenbach bestätigt die Aussage des Bürgermeisters. Zu gegebener Zeit erfolgte eine Bewertung. Dann seien auch Tatbestände eine Bewertungsgrundlage und nicht ein Blick in die Zukunft. Unter Bezugnahme auf die heute vorliegende umfangreiche Vorlage werde es zu gegebener Zeit eine kurze Vorlage mit einem Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise geben. Es brenne in der Sache nichts an.

Herr Scholz sieht auch, dass die Vereine durch die Sportstättennutzungsgebühr belastet würden. Eine Abschaffung sei aus bekannten Gründen nicht möglich. Mit dem vorliegenden Vorschlag habe man eine rechtlich saubere und gangbare Lösung gefunden.

Der Bürgermeister lässt schließlich über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.